

Andrea Lehr

„Veränderungen der Sprache durch Politik“

Vortrag für die Tagung „Politik und Sprache – Zur Entwicklung von Diskursverhalten und Handlungsdimension“ am 15. Juni 2007 in Berlin, veranstaltet von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Goethe-Institut

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich als erstes bei den Veranstaltern für die Einladung zu dem heutigen Abend bedanken. Das Thema meines Vortrags lautet, wie Sie ja bereits vernommen haben, „Veränderungen der Sprache durch Politik“.

In unserem normalen Alltagsleben nehmen wir Sprache, nehmen wir unsere Muttersprache als etwas äußerst Beständiges wahr. Wir sind zwar prinzipiell bereit einzuräumen, dass sich Sprache verändert, aber doch bitte nicht kontinuierlich, doch nicht in jeder Minute, in jeder Sekunde. Und wenn wir Veränderungen, einen neuen Ausdruck beispielsweise, bemerken, reagieren wir oft mit Missfallen. Eigentlich wollen wir, dass unsere Sprache bleibt, wie sie ist. Aber was heißt denn „wie sie ist“?

Eine lebende Sprache wie das Deutsche hat nichts Statisches an sich. Vielmehr ist sie fortwährender Sprachwandel.

Am ehesten fällt uns Sprachwandel auf, wenn neue Ausdrücke Eingang in die Gemeinsprache finden. Zumeist handelt es sich dabei jedoch nicht um eigens neu geschaffene Ausdrücke, sondern um solche, die zuvor bereits existierten – in Fachtexten, in der Kommunikation bestimmter Berufsgruppen oder manchmal auch in der Belletristik.

Der Ausdruck *Umwelt* beispielsweise wurde erstmals um 1800 als Ad-hoc-Bildung in einem literarischen Text und später als Fachterminus verwendet. Erst vor knapp 40 Jahren begann er dann, die politischen Debatten zu prägen. Deutlich weniger Zeit, nämlich gerade einmal vier Jahre, benötigte der Ausdruck *Leitkultur*, um sich im allgemeinen Sprachgebrauch durchzusetzen. Erstmals tauchte er 1996 in einem Aufsatz des Politologen Bassam

Tibi auf und bereits vier Jahre später war er, angestoßen durch Friedrich Merz' Einlassungen zu einer deutschen Leitkultur, in aller Munde. Und der Ausdruck *Lauschangriff* fand ursprünglich in Geheimdienstkreisen Verwendung, bevor er – durch veröffentlichte Behördenunterlagen – in öffentlichen Debatten aufgegriffen wurde.

In manchen Fällen sind es auch findige Journalistinnen und Journalisten, die mit ihren Ad-hoc-Prägungen und pfiffigen Wortspielen Einfluss auf den allgemeinen Sprachgebrauch nehmen. So tauchte der Ausdruck *Extremistenbeschluss* erstmals im Spiegel auf und der Ausdruck *Doppelpass* in dem neuen Sinne ‚doppelte Staatsbürgerschaft‘ entstammt einem für die taz typischen Wortspiel.

An dem Beispiel *Extremistenbeschluss* sehen Sie außerdem, dass viele Ausdrücke auch wieder aus dem aktiven Wortschatz zahlreicher Menschen und manchmal ganz aus dem Sprachgebrauch entschwinden. Auch das ist Sprachwandel. Im Falle von *Extremistenbeschluss* liegt das daran, dass auch der damit bezeichnete Sachverhalt deutlich an gesellschaftlicher Relevanz eingebüßt hat. Dies muss aber nicht immer so sein. Unter *kalter Sozialisierung* beispielsweise verstand man in der Weimarer Republik vermeintlich unnötige Ausgaben der öffentlichen Hand für Einrichtungen wie Sportstätten und Schwimmbäder. Solche Debatten sind uns auch heute – insbesondere in Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform – wohlbekannt. Gleichwohl ist der Ausdruck *kalte Sozialisierung* in der Mottenkiste der Sprachgeschichte geblieben.

(Oftmals gleicht die Gebräuchlichkeit sprachlicher Ausdrücke auch einer Achterbahnfahrt. So ist es in den vergangenen Jahren dem Ausdruck *Schurke* ergangen. Erst weitgehend in Vergessenheit geraten, verhalfen ihm

Clinton's und später Bush's *Schurkenstaat* in den vergangenen Jahren zu einer ungeahnten Renaissance. Inzwischen geht die Gebräuchlichkeit von *Schurke* wie auch von *Schurkenstaat* wieder merklich zurück.)

Und noch zwei weitere Spielarten von Sprachwandel seien kurz genannt. Variante Nummer eins: Die Verwendungshäufigkeit von bereits zuvor zwar bekannten, aber nicht auffällig frequenten Ausdrücken schnell plötzlich in die Höhe. Gerade nach dem 11. September 2001 gab es viele solcher Beispiele: *Terrorismus*, *Terror*, *Islam*, *Krieg*, *Sicherheit*, *Freiheit*, *Menschenrechte*, *Toleranz*, *Aufklärung*, *Solidarität*, *Zivilisation*, und, und, und.

Variante Nummer zwei: Seit langem im öffentlich-politischen Diskurs gebräuchliche Ausdrücke erlangen nach und nach eine andere Bedeutung. So wurde zum einen *Demokratie* in Deutschland erst nach dem zweiten Weltkrieg ein unumstrittenes Hochwertwort und zum anderen hieß es auf einem Wahlplakat der CDU noch im Jahre 1946 „Dem Sozialismus gehört die Zukunft“. Sprachwandel dieser Art kommt ebenso wie das vorhin angeführte Schwinden von einst gebräuchlichen Ausdrücken eher unauffällig, auf leisen Sohlen daher. Das gilt gerade dann, wenn gesellschaftlich-sozialer Wandel seine Spuren in der Sprache hinterläßt: Die Ausdrücke *Ehe* und *Familie* beispielsweise – bis Mitte der Sechziger Jahre unverrückbar mit Monogamie, Stabilität und Heterosexualität verknüpft – haben heute eine viel weiter gefasste Bedeutung.

Nachdem wir uns nun mit verschiedenen Ausprägungen von Sprachwandel vertraut gemacht haben, ist es an der Zeit für mein am heutigen Abend zentrales Anliegen: Sprachwandel durch Politik – das kann zweierlei meinen: Entweder Sprachwandel als bloßes Nebenprodukt des „eigentlichen“ politischen Handelns oder aber Sprachwandel als Resultat einer gewollten, einer geplanten Sprachsteuerung vonseiten politischer Akteure. Beides ist denkbar, beides gibt es, und beides ist im Ergebnis von nicht zu unterschätzender gesellschaftlicher Relevanz.

Berufsverbot vs. Radikalenerlass, *Gastarbeiter vs. Einwanderer*, *Chancengleichheit vs. Chancengerechtigkeit*, *Kernkraft vs. Atomkraft*, *Baumsterben vs. Waldsterben*, *Beitritt vs. Wiedervereinigung*, *Reichstag vs. Plenargebäude*, *Integration und Leitkultur vs. multikulturelle Gesellschaft*, der fortwährende Streit um die Definition von *Armut*, *uneingeschränkte Solidarität*

vs. *kritische Solidarität, Sozialdumping, Gleichstellung vs. Antidiskriminierung* – es ist eben nicht egal, wie wir über die Dinge reden.

Erhard Eppler hat einmal geschrieben (ich zitiere):

„Unsere Sprache [...] ist unheilbar moralisch. Sie wertet, ob uns dies nun paßt oder nicht, sie sperrt sich gegen alles wertfreie Reden und Schreiben. Sie wertet sogar umso mehr, je näher sie der Wirklichkeit auf den Leib rückt.“

Und eine Faustregel in der Politik ist denn auch: Wer sich mit seinen Begrifflichkeiten durchgesetzt hat, der hat sich auch mit seinen Positionen durchgesetzt.

Ein prägnantes Beispiel dazu: Der Ausdruck *Chancengleichheit* kam im Zuge der bildungspolitischen Debatten Mitte der Sechziger Jahre auf und wurde zunächst von allen politischen Lagern positiv verwendet. Später gelang es Brandt, diesen Ausdruck für die SPD zu vereinnahmen. Nach jahrelangen vergeblichen Versuchen der CDU, diesen Ausdruck für sich als Fahnenwort zu reklamieren, änderte sie dann Mitte der Siebziger Jahre ihre Strategie. Das Konzept der Chancengleichheit wurde nun als Gleichmacherei kritisiert und die Chancengerechtigkeit als angemessenes Gegenkonzept ins Spiel gebracht – es sollten eben nicht alle die gleichen Chancen erhalten, sondern jeweils die ihnen und ihrem Können angemessenen. Heute sprechen das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Kirchen, McKinsey und verdi gleichermaßen von Chancengerechtigkeit und die Stuttgarter SPD feierte ihr 100-jähriges Bestehen im vergangenen Jahr unter dem Motto „Für Freiheit, Solidarität und Chancengerechtigkeit“.

Dies ist ein typisches Beispiel für zwei konkurrierende politische Schlagwörter, die unsere Welt und die daran geknüpften politischen Erfordernisse unterschiedlich perspektivieren und von denen sich eines schliesslich durchgesetzt hat. Ein

wenig anders verhält es sich in Fällen wie der bereits vorhin erwähnten Leitkultur. Das politisch Brisante hieran ist die Existenzbehauptung. Wer den Ausdruck *Leitkultur* ganz normal, unhinterfragt verwendet, der behauptet damit gleichzeitig, dass es so etwas wie eine Leitkultur gibt. Und wer erreicht, dass viele diesen Ausdruck usuell verwenden, der hat die Existenz einer Leitkultur in den Köpfen der Menschen durchgesetzt.

Doch nicht immer wird bewusst politischer Sprachkampf betrieben. Nicht immer werden die ins Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses rückenden sprachlichen Ausdrücke vonseiten der politischen Lager auch explizit thematisiert. Ausdrücke wie *Hartz IV*, *Gemeindefinanzreform* oder *Ampelkoalition* verdanken wir weniger politischem Kalkül denn einer schlichten Bezeichnungsnotwendigkeit – wenngleich natürlich eine ideologische Aufladung im Rahmen politischer Debatten immer denkbar ist.

Daran sehen Sie: Auch das politische Handeln jenseits eines Streites um Worte bewirkt Sprachwandel. Und auch diese Form von Sprachwandel hat Einfluss darauf, wie wir unsere Welt wahrnehmen, welche Einstellungen und letztlich auch politischen Präferenzen wir entwickeln.

Meine Damen und Herren, der heutige Abend steht ja durchaus unter einem aufklärerischen Anspruch. Im Veranstaltungsflyer heißt es sinngemäß, der öffentliche Sprachgebrauch in der Politik und in den Medien habe Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung. Für diese Macht der Sprache gälte es die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren, um der Manipulation durch Sprache, beispielsweise durch Euphemismen, Allgemeinplätze und andere Techniken der Verschleierung oder des Herunterspielens, einen Riegel vorzuschieben. Das ist ein löbliches und hehres Anliegen, das ich auch teile. Es gibt hier aber ein Problem, auf das ich abschliessend aufmerksam machen möchte.

Ebenso wie wir im Alltagsleben unsere Sprache als etwas Beständiges wahrnehmen möchten, ebenso hängen wir an dem Glauben, für alle Gegebenheiten dieser Welt gäbe es jeweils eine richtige Bezeichnung. Und unter

dieser Prämisse ist uns der Einfluss der Politik auf unsere Sprache, ist uns insbesondere politischer Sprachkampf mit all seinen Auswirkungen höchst suspekt. Denn solange wir an richtige, an wahre Ausdrücke glauben, gerät die Politik in ihrem Streben, die eigenen politischen Schlagworte durchzusetzen, allzu leicht in Verdacht, sich an der Wahrheit, an der Wirklichkeit vorbeimogeln zu wollen.

Eine breite Öffentlichkeit für den Einfluss der Sprache auf die politische Willensbildung zu sensibilisieren, ohne Politikverdrossenheit noch weiter zu befördern, kann deshalb nur gelingen, wenn gleichzeitig auch die Notwendigkeit und Legitimität von politischem Sprachkampf aufgezeigt wird. Es mag zwar einen Streit um Worte ohne einen zugehörigen Streit um die Sache geben – das wird ja der Politik oft und oft zurecht vorgeworfen. Das Umgekehrte gilt aber nicht. Ein Streit um die Sache, ohne dass gleichzeitig auch unterschiedliche Benennungen von Sachverhalten bzw. unterschiedliche Auslegungen der verwendeten Ausdrücke zur Debatte stünden, ist nicht denkbar.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.